

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,80 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Verlagsstellen: Dresden: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15091 / Erscheinungstermin: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 11 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 10 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gefaltete Normzeile oder deren Raum 0,55 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abzahl besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Aufrechnung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 15. Oktober 1929

Nummer 241

Mitglieder der Dresdner GAZ als Streifbrecher in Berlin

Berliner SPD solidarisiert sich mit Klarek-Schleber / Faschistisches Schober-Programm aufgestellt / Fünf Arbeiter sollen auf Mussolinis Befehl ermordet werden / Neuer Umsturz in China

Das ist Sozialfaschismus:

Dresdner DMV als Unternehmeragent

Dresden, 15. Oktober

Der Kampf der Berliner Kohrleger um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geht mit unerminderter Schärfe weiter. Bis jetzt ist es der Einheitsfront der Unternehmer und der Reformisten nicht gelungen, die Front der Berliner Heizung-, Gas- und Wasserinstallateure zu brechen. Zweifellos wäre das Unternehmertum bereits in die Knie gezwungen, würde sich nicht die Gewerkschaftsbürokratie in geradezu schamloser Weise als Unternehmeragent betätigen. Auch die Dresdner DMV-Ortsverwaltung organisiert den Streifbruch zugunsten der Unternehmer. Wir sind in der Lage, heute die Namen zweier Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend zu veröffentlichen, die durch die Dresdner DMV-Ortsverwaltung zu Kohrlegerarbeiten nach Berlin vermittelt worden sind und sich jetzt dort als Streifbrecher betätigen. Es handelt sich um Rudi Sejerst, Jungmannstraße, und Hellmut Fischer, Laubegaitz.

Zweifellos sind noch mehr solcher eheleier Schulte von der Dresdner Ortsverwaltung vermittelt worden. Wie bewußt der Streifbruch durch die reformistischen Vertreter organisiert wird, zeigt die Tatsache, daß Sejerst nicht etwa arbeitslos war, sondern als Mechaniker hier beschäftigt wurde und hier seine Arbeit aufgab, um in Berlin unter Ulrichs Befehl seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Abreise der beiden Sozialfaschisten geschah mit Willen der Dresdner DMV-Ortsverwaltung und sicher sind sie nicht die einzigen, die von Dresden aus zum Streifbruch nach Berlin vermittelt wurden.

Dem heroischen Kampf, den die Berliner Kohrleger gegen das Unternehmertum und seine sozialfaschistischen Agenten führen, soll durch unerhörten Terror, durch schärfsten Treud aller reaktionären Kräfte eine Niederlage bereitet werden. Die Ortsverwaltungen des DMV haben die Rolle der Streifbrecherermittlung als Katalysator der Bourgeoisie übernommen und aus allen Städten wird versucht, selbst Nichtfachleute nach Berlin als Streifbrecher zu entlocken. Die empörende Schandrolle, die das verkommenen Führergesindel des DMV in diesem Kampf spielt, wird durch unsere Meldung erneut bekräftigt und zeigt, daß auch die Dresdner DMV-Sozialfaschisten in der Front der Streifbrecheragenten stehen. Gleichzeitig wird auch die Rolle der Sozialdemokratischen Jugendorganisation gekennzeichnet, die jetzt zum Rekruten für die schurkischen Streifbrechererwerbungen geworden ist.

Die Berliner Kohrleger kämpfen jetzt schon nicht nur um die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen, sondern sie führen einen Kampf gegen die Fesseln, die alle Arbeiter an Händen und Füßen umstricken. Sie kämpfen für die Sache des gesamten Proletariats, sie haben als revolutionäre Sturmtruppe die Schlacht gegen Unternehmertum, Gewerkschaftsbürokratie, Staatsgewalt, Streifbrecher und Pinkertons aufgenommen. Ihr Kampf hat die größte Bedeutung für alle künftigen Lohnbewegungen.

Ungeachtet des Kleinapparates, den das Unternehmertum und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie gegen die streikenden Kohrleger mobilisiert haben, steht die Kampffront fester denn je. Sie läßt sich auf die Sympathie und Hilfsbereitschaft der Massenbewachten, revolutionären Arbeiter. Die Kommunistische Partei, die vom ersten Moment des Kampfes an den Streif der Berliner Kohrleger unterstützt hat, die gemeinsam mit den Streikenden gegen die Streifbrecheragenten des DMV kämpft, ruft abermals die Arbeiterschaft zu. Verleiht eure Kräfte, unterstützt mit allen Mitteln durch Geld- und Lebensmittelfeststellungen die kämpfenden Berliner Kohrleger!

Zeigt den sozialfaschistischen Streifbrechern, daß der Gedanke der proletarischen Solidarität ihnen zum Trost steht!

Der Appell der Parteileitung der KPD, der Streikleitung der Kohrleger und Helfer und der Internationalen Arbeiterhilfe einen Stundenlohn auf die Listen der IAH für die Streikenden zu zeichnen, muß auch von der ostfächischen Arbeiterschaft befolgt werden. Keine Hilfe tut not, sie härkt den Kampfswillen der Berliner Kohrleger.

Darum sammelt Geld und Lebensmittel und führt alles sofort ab an die Internationale Arbeiterhilfe, Dresden, Koppiß 18.

Theodor Leipart verunglückt



Der berühmte Reformist ist gestern bei einer Autotour im Wagna des Direktors Bachem von der Arbeiterbank auf der Knasbaha schwer verunglückt. Er wurde lebensgefährlich verletzt ins Berliner Hildegard-Krankenhaus transportiert.

5 italienische Arbeiter sollen getötet werden!

Protestiert gegen faschistischen Justizwahn!

Fünf Arbeiter Italiens sollen durch Mussolinis Klassengericht hingerichtet werden. Die Anklage lautet auf „Gefährdung des Staates“ und soll nach der ganzen Vorbereitung auf einen Todesurteil gefällt werden. Die Arbeiterklasse muß ihre Stimme des Protestes erheben und der Mussolinijustiz in den Arm fallen. Die Dresdner Kartellierung der

Antifaschistische Arbeitermehr protestierte in folgendem Telegramm:

Italienische Faschist Berlin W 10 Bittoriastraße 36

Antifaschistische Arbeitermehr, Bezirkskartell Ostfachsen, protestiert gegen Ermordung der fünf Arbeiter Italiens durch schamlose faschistische Massenjustiz Italiens. Fordern sofortige Freilassung der zu unrecht angeklagten Arbeiter.

Antifaschistische Arbeitermehr, Bezirkskartell Ostfachsen J. N. gez. Unterschrift

Die Arbeiter müssen in ihren Versammlungen gegen die faschistischen Mörder protestieren, sie brandmarken und betonen, daß der Schurke Mussolini die faschistischen Kettenhunde Hitlers finanziert, um durch sie die deutschen Arbeiter ebenso niederzuschlagen zu lassen, wie das italienische Proletariat.

Streif in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem die Belegschaft der Abteilung Galvanit von der Firma Lorenz, Tempelhof, in den Streif getreten ist, wurden am Montag von den Nachweilen Galvanitfeuer und Trodenmacher vermittelt. Um 8 Uhr legten daraufhin die Metallschleifer, Glänzer und Brenner aus Solidarität die Arbeit nieder. Die Betriebsleitung erklärte nun, daß sie sich wie in einem Irrenhaus verhalte und sich gezwungen sehe, beim Verband Berliner Metallindustrieller einen Antrag auf Aussperrung der Gesamtbelegschaft zu stellen.

Die Forderungen der Kollegen ergeben sich zum größten Teil aus dem Antreibberghem, den ungenügenden Verhältnissen und der unmenslichen Behandlung durch einen Meister.

Die Streikenden sind entschlossen, ihre Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen. Sie lauten: 100prozentige Lohn-erhöhung, Anschaffung von Ventilatoren, Anschaffung von Kästen und Spindeln zur Aufbewahrung der Lebensmittel der Belegschaft und Anschaffung von Garzerobeschützen.

Korruption als Prinzip:

Berliner SPD deckt Klarek-Skandal

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag sagte ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD Berlin, der sich mit dem Kommunalwahlen beschäftigte. Der Hauptreferent, der sozialdemokratische Stadterordnungsreferent Hah, machte, ohne daß die Delegierten irgendwelche Einwürfe erhoben, folgende Ausführungen:

„Der von der Partei eingesetzte Untersuchungsausschuss hat sämtliche gegen unsere Genossen erhobenen Anschuldigungen eingehend geprüft und weder hinsichtlich noch moralisch die Haltbarkeit auch nur einer Beschuldigung feststellen können.“

Er erlaubte den Parteitag, die Genossen nicht zu verurteilen, bevor einwandfreie Feststellungen gemacht sind. Während des bürgerlichen Stadterordnungs sind noch ganz andere Dinge passiert, so daß wir sagen können, daß wir durchaus nicht schlechter als die bürgerlichen registriert haben.“

In der Diskussion machte Eugen Künster folgende Feststellungen:

„Mit den Beschuldigungen gegen Genossen hat sich ein Auspruch von Mitgliedern des Bezirksvorstandes und der Stadterordnungsinstanz sowie anderer Genossen (die Schieber selbst und ihre Freunde! Die Red.) zusammengelehrt, (ist eine ganze Woche beschäftigt. Bis in die Nächte hinein hat der Auspruch alles unterleuchtet, was gegen die Genossen vorgebracht wurde. Wir müssen feststellen, daß nicht ein einziger Genosse in krimineller oder moralischer Beziehung belastet ist. Wir hoffen, daß die noch immer weitergehende Untersuchung dasselbe Ergebnis hat.“

Er fügte die Bitte hinzu, keiner falschen Heroikität zum Opfer zu fallen.“ Dann schloß er sich den demagogischen Drob, daß die SPD nachprüfen müsse, ob sie mit den Demokraten wegen ihrer Belastung im „Klarek-Skandal“ nach weiter im Reichsbanner (!) zusammen arbeiten könne.

Keiner der Funktionäre erhob keine Stimme zum Protest. Kein Delegierter drückte kein Mikrophon gegen die Beweisen und zum Teil einseitigen Millionenchwandeleien der SPD aus. Die Diskussion begann erst mit dem Freisitzen um die Stadterordneten- und Stadtratsliste.

Damit ist die von uns vorausgegangene Solidarifizierung der Berliner SPD-Instanzen mit den Korruptionisten erfolgt. Sie ist für den, der die SPD in ihrer inneren Zusammenfassung erkannt hat, beinahe eine Selbstverständlichkeit. Ein Schurke kann nicht den anderen preisgeben.

Für den ehrlichen Arbeiter darf es darauf nur eine einzig mögliche Antwort geben: Nicht nur am 17. November die SPD aus den Gemeindeparsamenten hinausjagen, sondern jedem sozialdemokratischen Arbeiter klarzumachen, daß er sich mitschuldig macht an den Millionenchwandeleien der SPD, wenn er noch länger Mitglied dieser Partei bleibt.

Heraus aus der Partei der Schieber, der SPD, muß es lauten! In allen Betrieben erschaffen!

Die Partei im Vormarsch

Neugründung der Ortsgruppe Ithand

Seit dreieinhalb Jahren wurde die Arbeit der Partei in Ithand durch das verheerende Treiben der Brandstifter um Wauer vollständig gelähmt. Die Arbeit der Arbeiter über die verlorene Arbeit Wauer ist groß. Dennoch gelang es den Genossen nicht, ihm sein Handwerk freier zu legen. Seit es den Ithander Arbeitern praktisch hemmten hat, welche Rolle er spielt, wurde am 12. Oktober die erste Mitgliederversammlung der Partei durchgeführt. Die Einmütigkeit der Genossen in der Diskussion ist Beweis, daß die Schwachen übermächtig sind und die Gruppe reichlich genug ist, um alles Bemühen der Wauer zum Scheitern zu bringen. Die Genossen sind sich einig, daß die Partei den Wauer gegenüber grundsätzlich mit dem Arbeiteroffenhalten abzuwehren. Wenn es nach den Rechten damals gelang, zunächst die Ortsgruppe zu organisieren, so ist die Partei in der Mitglieder-Veranstaltung, die wald die Nachkriegszeit zur Stadterweiterung, die wald die Nachkriegszeit zur Stadterweiterung, die wald die Nachkriegszeit zur Stadterweiterung...

Neuer Erfolg der Opposition im VdD

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Stichwahlen im Wahlkreis Ithand erzielten die Sozialdemokraten (Opposition) 6590 Stimmen, die Nationaldemokraten (Opposition) 6558 Stimmen, die Sozialdemokraten (Majorität) 7899 Stimmen und die Nationaldemokraten (Majorität) 7550 Stimmen.

Treu organisiert diese der Arbeiter, die unter den Sozialdemokraten den Verband? Die Kommunisten wollen den Sozialdemokraten ins Spiel? Amsterdam gegen Moskau? gefürchtet wurde, gelang es der SPD nicht, den übermächtigen Sozialdemokraten die Opposition aufzuhalten. Der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, die gegen die Stichwahl gegenüber der Nationaldemokraten die durch die Stichwahl gegenüber der Nationaldemokraten die durch die Stichwahl gegenüber der Nationaldemokraten...

Schweres Eisenbahnunfall in Italien

50 Verletzte und 6 Tote

Im Mailand. In der Nähe von Campola (sic) gegen vermittelt ein Aus der Straßenbahn mit einem schweren Zusammenstoß. Aus den Trümmern des Straßenbahnwagens wurden 6 Tote geborgen, 50 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt, während weitere 50 Personen mit leichten Quetschungen und Hautabwühlungen bezugslos sind.

Das Ende des Märchens vom „roten Wien“

Schobers Angriff gegen die Wiener Arbeiter. Verfassungsänderung und Wohlrechtsverschlechterung

Als Stadtköber in Österreich die Regierung übernahm, beriefen die Nationalräte die österreichischen Arbeiter mit der Erklärung, daß die Regierung übernehme eine Wahlreform gegen den Wahlrechtsmissbrauch. Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten hielt Otto Bauer eine bombastische Rede, in der er erklärte, daß die Wahl der Arbeiter, die mit den Sozialdemokraten verband und führen Partei sei als der Wahl der Arbeitergemeine, die man gegen sie aufhaben sollte. Mit den üblichen antirepublikänen Schreien erklärte er, daß die Sozialdemokratie jetzt die Folgen ihres Gewaltregimes zu fühlen bekommen habe. Otto Bauer bemühte sich, den Parteitag rechtlich zu erheben, um über die tatsächliche Lage hinwegzutäuschen. Auf diesem Parteitag teilte er fünf Punkte auf, die für die Sozialdemokraten Österreichs unannehmbar waren. In diesen Punkten achte die Verschlechterung des Wahlrechts. Bauer erklärte, daß die Sozialdemokraten nie und nimmer einem Wahlrechtsmissbrauch zustimmen werden. Ebenso verstand er, das die Sozialdemokraten es ablehnen dem Bundespräsidenten das Recht zur Verhängung des Ausnahmezustandes zu geben. Seitdem betonte er, daß die Stellung des roten Wiens in seiner jetzigen Position unannehmbar werden müßte und werde. In dieser letzten Rede hat Bauer dann den Nationalräten und Kapitalisten die Forderung des Wahlrechtsmissbrauchs an.

Trotz dieser starken Reden-artigen hatte die Sozialdemokratie Österreichs ihre Kapitalisten vor dem Wahlrechtsmissbrauch schon vollzogen. Leo Drasch, Reich und andere Führer der österreichischen Sozialdemokratie haben sich die größte Mühe nach den Zusammenstößen von St. Lorenzen die Arbeiter zu beruhigen und den Kampfgeist der Arbeiter einzufrieren. Jetzt antwortet Schober auf das letzte Gerede Bauers mit freudigen Angriffen auf weiteren Verfall Österreichs. Der Angriff Schobers richtet sich vor allen Dingen gegen die Wiener Arbeiterklasse, die mehr als bewiesen hat, daß sie kampftüchtig und kampfbereit ist im Gegensatz zu dem feigen verräterischen Führerhaupt der SPD.



Die Eröffnungstundgebung in Berlin zum 3. Reichstagskongreß der Roten Hilfe Deutschlands

Zusammenbruch der Nanjing-Regierung

Neben-Regierung in Peking gebildet

Der Generalissimus in China hat nach den Weisungen eine Umstellung in den Machtverhältnissen herbeigeführt, die nicht ohne Bedeutung für die nächste Entwicklung der Arbeiter- und Bauernbewegung zu sein scheint. Der Marsch der Generale Tseng und Gen gegen die Nanjing-Regierung ist durch die Truppen Tseng als erfolgreich anzusehen. Die Eisenbahnlinie Tientsin-Kufan ist von den Truppen Tseng besetzt und Tseng selbst ist offensichtlich bekannt, daß die Regierung in Nanjing als erledigt zu betrachten ist, wenn er eine neue Regierung mit dem Sitz in Peking gebildet habe. Zum Vorliegenden der Regierung ist der ehemalige Ministerpräsident Wang Jinnong ernannt worden, der erst kürzlich wegen seiner revolutionären Tätigkeit gegen die Nanjing-Regierung aus China verbannt wurde. Während des Kriegesministerium von Tseng geleitet wird, ist Eugen Tschu, der ehemalige Minister der Nanjing-Regierung, zum Außenminister ernannt worden. Frau Sunan ist mit der Leitung des Ministeriums für Volkswirtschaft beauftragt.

Diese neuen Weisungen über die Lage in China zeigen deutlich den Zusammenbruch der Kuomintang-Politik, deren Hoffnungen auf eine aktive Unterstützung durch die imperialistischen Mächte enttäuscht worden sind. Das am...

Keine Verschiebung der Berliner Wahlen geplant

Berlin. (Eig. Bericht.)

Das vorzeitige Bekanntwerden des sozialdemokratischen demokratischen Planes auf Verschiebung der Berliner Stadtwahlverordnungen wegen des Skandal-Standals hat in den betreffenden Kreisen große Verwirrung hervorgerufen. Deswegen wird dieser Plan in der Abendpresse vom 14. Oktober energig dementiert. Die Volksische Zeitung (Abendausgabe) vom 14. Oktober berichtet, daß die Zahl der in dem Skandal-Standal verwickelten Stadtbeamten nunmehr 7 beträgt. Diese sind drei jense Stadtbaudirektoren, gegen die Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Anweisung eingestellt worden ist. Die übrigen vier Angeklagten nennt die Volksische Zeitung noch nicht, doch geht man wohl nicht fehl, unter diesen Angeklagten auch den sozialdemokratischen Bürgermeister Schneider zu rechnen, der vorläufig in „Urlaub“ geschickt worden ist.

kanische Finanzkapital glaubte nicht an die Festigkeit der Nanjing-Regierung. Tatsächlich erhebt auch die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung im ganzen Land wieder ihr Haupt. Gefördert durch die zunehmenden Genossenschaft zwischen der Großbourgeoisie und den feudalen Militärs, zwischen den verschiedenen Generalschleusen und durch die Genossenschaft zwischen der Distrikts-Tschangfai und den Kleinbürgerlichen Schichten beginnt die revolutionäre Aktivität der proletarischen Massen trotz dem Plutokratie des Nanjing-Senters neu zu erwachen. Streiks und Demonstrationen sind an der Tagesordnung. Neubildung von gewerkschaftlichen Organisationen, Wiederauftreten von Bauernpartisanenabteilungen zeigen den neuen mächtigen Aufschwung der nicht zu unterdrückenden einseitigen Arbeiter- und Bauernrevolution. Der Ausgang des Generalkrieges wird wohl zum Teil von der Haltung der imperialistischen Mächte abhängen. Zweifelloser aber hat die revolutionäre Bewegung durch die Auseinandersetzungen neuen Boden gewonnen und sich dabei eine Basis für die Austragung großer sozialer Kämpfe von gewaltiger Tragweite geschaffen.

Bessedowski lügt selbst den Bürgerlichen zu toll

Der bisherige Bolschewist der Sowjetmacht in Warschau, Bessedowski, sollte bekanntlich wegen privater Unterschlagungen zur Verantwortung gezogen werden und rettete sich vor der Justiz des proletarischen Staates dadurch, daß er zur französischen Regierung lief und nun in der französischen bürgerlichen Presse alle möglichen „Schwarzgeschichten“ (so nennt selbst die Bolschewistische Zeitung vom 13. Oktober seine Enthüllungen) über die bolschewistische Grenz, sowohl in Rußland als in der „Lithuanien-Kellern der Sowjetmacht“ erzählt. Dafür war er offenbar gut bezahlt und für den Verlust der bisherigen „Einnahmen“ entschädigt. Die französische Regierung und die anderen Partner der Antikommunisten haben „wertvolles Material“ und auch in Deutschland nutzt die bürgerliche, in erster Linie die sozialdemokratische Presse (die „Linken“ an der Spitze) das Ganze zur verstärkten Antikommunisten aus. Es ist nun sehr charakteristisch, daß die Bolschewistische Zeitung dieses Material, von dem die deutsche SPD-Presse lebt, als „überflüssige Extrapolation“ bezeichnet und meint, daß sie keinen Anspruch darauf erheben kann, ernst genommen zu werden. Macht nichts — die deutschen Reichsbeamten werden weiterhin mit diesem Schwindel die Tassen füllen, die — ihrer Meinung nach — offenbar nicht alle werden.

Die Kakenbalaerei um das Volksbegehren

München. Wie die Berliner Abendpresse vom 14. Oktober berichtet hat die bayerische Staatsregierung, die von der Reichsregierung für Heimatschutz erbetene Mitwirkung der Behörden bei dem Aufschlag des Plakates „Stroheimmanns Vermächtnis“ abgelehnt. Auch die württembergische Regierung will den von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Aufruf gegen das Volksbegehren in Württemberg nicht aufhängen lassen. Die bayerische Regierung scheint sich ebenfalls dem Vorhaben Bayerns und Württembergs anschließen zu wollen.

Diese Forderung der Länder gegen die Reichsregierung mütet sehr eigenartig an. Dasselben Länder-Regierungen haben sich bereits für die Annahme des Youngplans ausgesprochen, während sie jetzt durch die Weigerung, den Aufschlag der Reichsregierung gegen das Volksbegehren Jugensbergs anhängen zu lassen, bei der Kleinbürgerlichen Bevölkerung den Anschein erwecken wollen, daß sie gegen den Youngplan und gegen die Beteiligung der Völker auf die Schulden der verfallenen Reichsregierung seien. Dies demagogische Manöver der Länder-Regierungen muß von den Vätern der westfälischen Bevölkerung durchschaut werden.

Ein Bürgermeister vor der Disziplinarkammer

Schland. Der Bürgermeister Förster von Schland (Spreewald) hatte sich vor der Disziplinarkammer wegen Verletzung der Bestimmungen des Großdeutschen Bundes zu verantworten. Der Vertreter der Anklage, Regierungsrat Rater, Bauken, beantragte die Dienstentlassung, und sofern die Kammer nicht malten lassen wollte, weil die Gemeinde noch mit einem blauen Auge davonkommen wäre, mindestens auf eine Geldstrafe in Höhe eines zweifachen Monatsgehältes zu erkennen. Die Disziplinarkammer verurteilte den Angeklagten wegen pöbelmüßiger Handlung zur Zahlung einer Strafe von 200 Mark und Zahlung von einem Drittel der entstandenen Kosten.

Hajib Allah nebst Familie festgenommen?

Meldungen aus Afghanistan zufolge sollen König Hajib Allah, sein Vater und seine zwei Brüder von den Truppen Kabir Khans gefangen genommen und nach Kabul gebracht worden sein, wo sie vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen.

Vom Tage

Eine Liebestragödie in der Dresdner Heide. Nicht an der Kadeberger Landstraße in der Dresdner Heide erlösch am Montag mittags der 22-jährige Sohn eines auswärtigen Schriftstellers seine 15-jährige Geliebte, die Tochter eines Dresdner Geschäftsführers. Nach der Tat schoß sich der junge Mann eine Kugel in den Kopf und verletzete sich selbst, so daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Mädchen war sofort tot.

Kraftwagenunfall bei Bunzlau — Reisefahrer getötet. In Grotz. Auf der Landstraße Thomassau-Bunzlau fuhr ein Kraftwagen aus Langenau, Kreis Görlitz, auf einen auf der Landstraße liegenden unbeschilderten Kraftwagen auf. Während der Reisefahrer ohne Verletzungen davonkam, wurde der Fahrer des Kraftwagens, Kaufmann Thiele, schwer verletzt und sein Reiseführer, Pöcher, getötet. Wie der Reisefahrer angibt, wurde er durch das Licht zweier entgegenkommender Kraftwagen geblendet, so daß er den unbeschilderten Kraftwagen nicht sehen konnte.

Zugzusammenstoß im Duisburger Hauptbahnhof. In Duisburg. Montag gegen 20.30 Uhr fuhr der Personenzug 200 in Richtung Düsseldorf bei der Einfahrt auf dem Hauptbahnhof gegen eine Rangierlokomotive. Durch den Zusammenstoß wurden mehrere Personen verletzt, davon 6 erheblich. Die beiden Lokomotiven wurden so schwer beschädigt, daß sie nicht mehr weiter fahren konnten. Die Reisenden lehnten mit einem lauten Donnergrollen ein Ende herbei. Die Arbeiter werden dem überbrückten Endem der Reichsbahn nur durch Unterbückung des Eisenbahners im Kampf um ihre Forderungen mitwirken können.

Witterungsansichten für den 16. Oktober. Wechsel der wald. Temperaturen abwärts, aber noch nicht durchgreifend geändert. An Stärke zunehmende Winde aus Südwest bis Nordwest.

Ein ein... der bürgerl... Deutschland... Töne... Courtes... gebungen... tikel im... nicht gesch... verleben... letzte Aktion... die Art der... diese Art... sind, so... eine offi... aber entse... deutlich gen... in der Stra... gründlichen... offensichtlich... hinter den p...
Alle W... förmlich... an dem Art... und dem R... Ausdruck... beit an Har... die deutsche... Auslandsbel... der (KOH)... ländlichen... nomische To... der beutlich... den in aller... einseitigen... insbesondere... Willkürbünd... des Auswärt... Feststellungen... ein — es w... unmöglich... antwortet... insbesondere... die Dinge a... fligt lang... mit der die... Haag verlog...
„Unter... Bemühung... als einleit... Sorge um... gerechelt.“
Der russ... manisch... der kapitalis... sion wird er... der internati... senten“ müß... Das ist... wird am 14... Liner B... in dem Top... Handelsbezi... Klipp und... glänzende A... gleichzeitig... handelsmono... russischen Aus... sich in beug... es ist klar, d...
Die fest... Inhalt den... um der Abr... Internationa... die nach Int... arbeitlos w... frischen Pr... die nordst... Es ist d... Wahlen zu tr... markten. De... dem Reichsta... lichen Betr... drigt es...
„Es ist... worden. De... nicht einget... Tatsache ist... die fin...
wurden durch... Die S... fürfolge...
2 Bei d... berigen Rech... wenn in s... volle S... meldungen in... in Oberbur... mäßig erwer... worden (dies...
3 In so... Arbeitsort... Unterführer... Arbeitsange... Untert...
4. Im G... knift auf die...
werden, die... ordnung, d... verliederung... forderungsan... Rentenerfon... liden Körper... Rentende...

Antifowjetblock im Spiegel der Presse

Am ein- und demselben Tage veröffentlicht der Hauptteil der bürgerlichen Regierungsblätter Artikel über das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion. Alle Artikel sind in einheitlichem Tone gehalten. Im „Berliner Tageblatt“, im „Völkisch-Courier“ und in der „Germania“ erscheinen Kundgebungen, die eine völlige geschlossene Linie beziehen. Die Artikel im „Berliner Tageblatt“ und im „Völkisch-Courier“ sind nicht geteilt, sondern mit dem Besitzt „von besonderer Seite“ versehen. Es handelt sich also offensichtlich um eine wohlüberlegte Aktion der deutschen Außenpolitik, deren Charakter durch die Art der Aufmachung deutlich unterstrichen wird. Wenn alle diese Artikel in einem formell „neutralen“ Tone gehalten sind, so ist das unter den gegebenen Umständen (da es sich um eine offizielle diplomatische Aktion handelt) mit Verständnis zu verstehen; aber entscheidend ist, was hier gesagt wird, und das ist deutlich genug. Und wenn sich das „Berliner Tageblatt“, das in der Voraussetzung der Antifowjetblock bisher immer etwas zurückhaltend war, an dieser Aktion mit beteiligt, so soll dadurch offensichtlich demontriert werden, daß die ganze Bourgeoisie hinter den gegen Sowjetrußland ausgehenden Druckungen steht.

Denn um Trochungen handelt es sich

Alle Artikel zeigen übereinstimmend über die russische „Verständigungsaktion“ gegenüber Deutschland, wie sie insbesondere in dem Artikel der „Zemstwa“ „Gespräch von Sand und Gerst“, und dem Artikel der „Wostok“, „Deutschland und wir“, zum Ausdruck kommen. In diesen Artikeln wurde mit voller Klarheit an Sand objektiv und kritisch Tatsachen festgestellt, daß die deutsche Bourgeoisie, wie es insbesondere in den gewaltigen Auslandsbeiträgen an deutschen Unternehmungen (insgesamt der AGÖ) zum Ausdruck kommt, immer mehr mit dem ausländischen Finanzkapital zusammenwächst und daß sich die ökonomische Lasten, die durch die Einwirkung der deutschen Wirtschaft der russischen Wirtschaft auferlegt, immer mehr in einer Zulassung der deutsch-russischen Beziehung ausdrückt. Beispiele dafür sind in allerletzter Zeit das Verhalten Deutschlands im russisch-chinesischen Konflikt, der Verlauf der Haager Konferenz und insbesondere die aufgeschobenen Pariser Verhandlungen über ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion, die mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes geschlossen wurden. Auf diese tatsächlichen Feststellungen gehen nun die offiziellen Artikel mit feiner Gültigkeit ein — es wird gar nicht der Versuch gemacht, sie (was ja auch unmöglich wäre) zu widerlegen oder zu entkräften. Vielmehr antwortet man mit einem Gegenangriff: Der Sowjetunion und insbesondere der russischen Presse wird vorgeworfen, daß sie — die Dinge auspricht, die sie ja auch im „Berliner Tageblatt“ sagt, lang und breit über die „verständliche“ Begleitmusik, mit der die Sowjetregime den deutschen Streikjahrgang im Haag verliert, und im Tone des schärfsten Vorwurfs heißt es:

„Unsere Staatseinrichtungen werden heruntergerissen, die Bemühungen, die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten, als einseitige Ausbeutung der Arbeiterkraft hingestellt, die Sorge um das Wohl der Arbeiterklasse als ganzer Völkung geschieht.“

Der russischen Presse wird also vorgeworfen, daß sie — kommunistisch ist und ihre Pflicht als Arbeiterpresse, die Geißelung der kapitalistischen Unterdrückung in allen Ländern, erfüllt. Man rufen wird erklärt, daß eine Fortführung dieser Kritik „den Grob der internationalen Bewertung der deutsch-russischen Beziehungen“ sein würde.

Das ist der politische Teil des Angriffs. Der wirtschaftliche wird am schärfsten herausgehoben in dem Artikel des „Berliner Völkisch-Couriers“. Offen wird — ebenso wie in dem „Tageblatt“-Artikel — erklärt, daß die deutsch-russischen Handelsbeziehungen die deutschen Hoffnungen enttäuscht hätten. Klipp und klar wird gesagt, daß die deutsche Wirtschaft „kompletten Kredit“ an Sowjetrußland nicht geben könne, während gleichzeitig im „Tageblatt“ gegen die „Heberhebung des Außenhandelsmonopols“, also offensichtlich gegen die Verteilung der russischen Auslandsbezüge protestiert wird. Formell redet man sich in Bezug auf die Unmöglichkeit der Kreditgewährung (und es ist klar, daß die Sowjetunion natürlich dort kaufen wird, wo

die günstigsten Zahlungsbedingungen erhält) auf die eigenen Finanzen Deutschlands heraus — aber zwischendurch wird im „Völkisch-Courier“ offen ausgesprochen, daß die Erweiterung des deutschen Außenhandels nur dann möglich sein werde, wenn Rußland selbst die Voraussetzungen für eine internationale Bewertung seines Kredites schafft. Das ist deutlich genug, und alle Absichten sämtlicher Artikel über die „Anerkennung des russischen Wirtschaftssystems durch Deutschland“ werden durch diesen einen Satz klipp und klar. Doch man sich über die Unmöglichkeit der russischen Zahlungen nicht beschweren könne, wird es in dem „Germania“-Artikel offen gesagt — also kann die Forderung nach „Schaffung der Voraussetzungen für eine internationale Bewertung des russischen Kredites“ gar nichts anderes bedeuten, als die Forderung nach Anerkennung der Vorkriegsstandards und in weiterer Folge nach Wiederherstellung des kapitalistischen Systems.

Ein Rahmen von Einzelartikeln umschließt die große Offensive, die hier offensichtlich „diplomatisch“ eingeleitet werden soll. Dieser behauptet man sich im „Völkisch-Courier“ über die russische Ausfuhr nach Deutschland, die sich „als Druck des übermächtigen Partners auf den deutschen Handel auswirkt“ und „Dumping-Charakter“ trage (das Stichwort dazu hat bekanntlich der „Völkisch-Courier“ selbst in der „Germania“ gegeben). Und das geschieht im gleichen Augenblick, wo durch das Inkrafttreten des Sowjetrußlands im russischen Auslandsmonopol die russische Ausfuhr nach Deutschland international unterbunden worden soll. Es ist offensichtlich, daß die deutsche Bourgeoisie an Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion von dem unter der proletarischen Diktatur allein möglichen Umfang fern Interesse mehr hat — und die politischen Konsequenzen daraus ergeben sich von selbst.

Angewandt ist man für Frieden und Freundschaft — aber

man muß mit die Bedingungen leben, unter denen die deutsche Bourgeoisie „für die Freundschaft“ ist. Das „Berliner Tageblatt“ schließt seinen Artikel mit den Worten, die zweifellos den Charakter einer offiziellen Drohung tragen:

„Wenn die Sowjetregierung hart genug ist, ihren eigenen gegenüber Deutschland Grenzen zu ziehen in der Durchführung der deutschen Außenpolitik, bei Willensäußerungen, die aus dem revolutionären Programm der Partei liegen, bei der Ausnutzung des Außenhandelsmonopols, dann denkt niemand in Deutschland an eine Korrektur des Kapalkontrahes, an dessen Füllen wir so lange unabehert festhalten werden, als es uns von der Sowjetseite nicht unmöglich gemacht wird.“

Wenn also die kommunistische Presse „bei Willensäußerungen, die aus dem revolutionären Programm der Partei liegen“, wenn die Sowjetregierung „bei der Ausnutzung des Außenhandelsmonopols“ die Wünsche der deutschen Bourgeoisie erfüllt, dann will die deutsche Bourgeoisie an den „freundschaftlichen Beziehungen“ festhalten. Jeder Mensch weiß, daß diese Bedingungen mit dem Willen der proletarischen Diktatur unvereinbar und deshalb unerfüllbar sind — man stellt sie auch gar nicht, damit sie erfüllt werden, sondern damit man aus ihrer — selbstverständlichen — Nichterfüllung den „Rechtsittel“ für die offene Kriegspolitik ableiten kann. Die Sprache der „Berliner“ Seite, die Sprache des deutschen Auswärtigen Amtes ist deutlich genug: Jeder Tag kann eine entscheidende und unerfüllbare Maßnahme der offenen Kriegspolitik bringen. An der deutschen Arbeiterklasse liegt es, ihre Wachsamkeit zu verdichten und alle ihre Kräfte für die Verteidigung des Vaterlandes aller Wertfähigen — der Sowjetunion, gegen die imperialistischen Räuber zu konzentrieren.

Ein klägliches Manöver gegen die Partei

Trozkis angebliche Kapitulation

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse Deutschlands berichtet in großer Aufmachung über die angebliche Unterwerfung Trozkis unter die bolschewistische Partei. Es ist notwendig, in der Arbeiterklasse Klarheit über den Sinn der letzten Schritte Trozkis zu schaffen.

Die Trozkisten haben bekanntlich nach ihrem Ausschluß aus der KPD ihren gegenrevolutionären Kampf gegen die Partei und gegen die Sowjetmacht mit allen, auch mit illegalen Mitteln fortgesetzt. Sie haben sich dabei immer mehr in ein bloßes Unhängen an der menschenwürdigen-bürgerlichen Konterrevolution verwanbelt, deren Kampf offen auf die Entfesselung des Bürgerkriegs, den Sturz der Sowjetmacht und die Wiederherstellung des kapitalistischen Regimes gerichtet ist. Trocki leidet viel Ähnlichkeit mit der Durchbrechung der Sowjetrepublik, zur Anwendung konspirativer Kampfmethoden auf. Er proklamierte die berühmte reaktionäre Forderung der „gehobenen Abstinenz“, bezichtigte die gegenwärtige Clique der sozialistischen Wähler als „umgekehrte Kerenki-Fraktion“ und verurteilte eine profaschistische Streikorganisation in den Betrieben zu verhindern.

Die kommunistische Partei und die Sowjetmacht konnten diese konterrevolutionäre Tätigkeit der Trozkisten ebensolch wie rücksichtslos.

Die Arbeiterklasse der Sowjetunion wie die trozkistischen Verhöre mit Verachtung und Empörung zurück. Die Folge war der schamlose Zusammenbruch der trozkistischen Gruppen, ihre schnell fortschreitende Zerlegung und Auflösung. Alles, was sich noch an ehrlichen Arbeitern in den Reihen der ausgeschlossenen Opposition befand, lagte sich von Trocki los und schreie zur Parteilinee zurück. Auch die führenden Vertreter der antisozialdemokratischen Oppositionspolitiker haben sich unter dem Druck dieser Ereignisse gezwungen, einer nach dem anderen

ihren politischen Bankrott einzugehen. Nach der Gruppe Sionjew-Kamenen, die als erste zur Partei zurückkehrte, mußten nachher auch Pjatow, Salazar, schließlich Nadel, Probrakowski und Swiga ihre Fehler anerkennen und um die Wiederaufnahme in die Partei bitten.

Unter den übriggebliebenen Trozkisten leiste angeht dieser Situation eine vollständige Panik ein. Kennzeichnend für ihre Stimmung ist ein illegaler Fraktionsbrief des verbannten Trozkisten Solzgem, in dem es heißt:

„Die Katastrophe ist herangebrochen. Es besteht Panik und Verzerrung, ein Suchen nach individuellen Auswegen aus der Situation... Vollständige ideologische und moralische Zersetzung! Keiner traut dem andern, niemand glaubt noch an etwas! Es ist eine Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens entstanden, eine Situation von Gruppen, Rezentungen, gegenseitiger Entfremdung und Isolierung.“

Solzgem, der in direkter Verbindung mit dem Konstantinopeler trozkistischen Zentrum steht, schlägt in seinem Briefe allen Ausschlossenen vor, „ein Manöver zu unternehmen“. Er nennt dieses Manöver in richtiger Selbsterkenntnis mit eigenen Worten eine „schmutzige Wahnwahn“, die aber notwendig sei, um, „wenn auch in noch so antwürdig Weise die Initiative an uns zu reichen“. Die Trozkisten rechnen darauf, daß es entweder „unter günstigeren Bedingungen gelingt, mit dem ganzen Strom in die Partei hineinzuschnappen, oder wir werden von neuem den Kampf aufnehmen“.

Die deutsche Presse berichtet jetzt über eine Erklärung der ausgeschlossenen Trozkisten Kaffar, Kafamissi und Oubischama an das Zentralkomitee und die Zentrale Kontrollkommission der Sowjetunion, in der sie um die Wiederaufnahme in die Partei ersuchen.

Trocki selbst hat sich in einem Briefe aus Konstantinopel vom 25. September unter einigen Vorbehalten, mit diesem Schreiben einverstanden erklärt.

Sowohl die Erklärung der Kafamissi und Co., als auch der Brief Trozkis bedeuten nichts anderes, als die Durchführung eben jenes „schmutzigen Manövers“, das ihr Agent Solzgem in seinem übereifrigen Fraktionsbrief ausgeplaudert hat.

Die verräterischen Trozkisten, die Renegaten der proletarischen Revolution, die Kollaboranten der imperialistischen Zeitungsform und Organisatoren der menschenwürdigen Schändlingsarbeit wollen sich unter dem betrügerischen Schein der Kapitulation in die Partei einschleichen, um das letzte Häuflein ihrer irre gewordenen Anhänger zusammenzuhalten. Sie wollen sich einen legalen Deckmantel verschaffen, um innerhalb der Parteireihen ihre illegale kommunistische Tätigkeit fortzusetzen. Sie wollen mit der bolschewistischen Partei „mandrieren“.

Diese laubenden Herren irren sich.

Ihr schmutziges Manöver ist vor der Arbeiterklasse entlarvt. Die bolschewistische Partei nimmt jeden aufrichtigen Arbeiter, der sich durch die Trozkisten einbringen ließ, aber seine Fehler auf ehrliche, proletarische Weise eingeständ, wieder in ihre Reihen auf. Sie erlaubt aber weder dem Trocki noch Kafamissi noch irgendjemand anderen alten oder neuen trozkistischen oder halb-trozkistischen Gruppierung, mag sie rechts oder „links“ Klage anstreifen, sich in der Sowjetunion breit zu machen. Die bolschewistische Partei hat den Trozkismus geschlagen und geschlagen. Sie wird jeden Versuch seiner Wiederherstellung, jedes seiner neuen schmutzigen Manövers im Keime zu quillen. Sie wird im Kampf gegen die trozkistischen Saboteure des sozialistischen Aufbaues nach wie vor alle konfliktlichen Machtmittel der proletarischen Diktatur anzuwenden, und sie ist sicher, daß sie dabei die volle, unbedingte Billigung der gesamten Arbeiterklasse der Sowjetunion und des Auslandes findet.

Die kommunistische Internationale, alle Kommunisten der ganzen Welt, unterstützen rücksichtslos die bolschewistische Generallinie der KPD im unerwärtlichen Zweifrontenkampf gegen den konterrevolutionären Trozkismus und gegen die opportunistische Rechtsgefahr, zu deren ausgeprägtem Vertreter Buchartim geworden ist.

Die Kehrseite des katastrophalen Zerfalls der russischen Trozkisten

ist der ebenso erbärmliche wie lächerliche Zusammenbruch ihrer Anhänger in Deutschland. Der „Penin-Wand“, dieses anrüchliche Gruppen einiger anrüchlicher Politikanten hat sich gespalten. Urbahns und Grylewski haben einen wütenden Kampf gegeneinander eröffnet. Die „Rechtung“ Urbahns wendet sich gegen das neueste Manöver Trozkis, die „Rechtung“ Grylewski legt sich dafür ein. Ergebnis: diese ganze Gesellschaft erstickt; ruhm- und ehrlos in der Enge und Niedrigkeit des politischen Sumptes, aus dessen Mitte sie ihre nichtswürdigen Wehmpfungen gegen die kommunistische Partei Deutschlands richtete.

Diese Leute ereilt das Schicksal, das sie verdient haben. Die kommunistischen Arbeiter schelten über diese politischen Reichen hinweg.

Die SPD lügt weiter!

Über wir müssen die Wahrheit über den Unterstufungsraub verbreiten

Die sozialdemokratische Presse fährt fort, ihre Fabel über den Inhalt des neuen Abkommens zu belügen. Sie macht das, um der Abschaffung der Arbeiter zu entgehen. Aber diese systematische Irreführung ist nicht zuletzt ein Versuch, ein offenes, die nach Inhaftierung des neuen Gesetzes arbeitslos sind oder arbeitslos werden. Denn wie sollen solche Fehler der sozialdemokratischen Presse ihre Rechte wirksam wahrnehmen können, wenn sie vorher systematisch belogen und betrogen worden sind.

Es ist daher notwendig, die Wahrheit in die breitesten Massen zu tragen und die sozialdemokratischen Lügen zu brandmarken. Durch die SPD-Presse geht jetzt ein Artikel der „aus dem Reichstag“ kommt und zweifellos ebenfalls von dem politischen Betrüger Buchartim geschrieben wurde. Darin heißt es:

„Es ist keine Ermäßigung der Unterstufungsbeiträge beschloßen worden. Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen wurde nicht eingeschränkt, und ebensowenig die Wartezeit verlängert.“

Die finanziellen Leistungen der Arbeitslosenversicherung direkt geführt

würden durch folgende Maßnahmen:

1. Die Entlohnung erhalten nur noch die Höhe der Altersvorsorge.
2. Bei der ersten Erwerbslosigkeit soll im Gegensatz zur bisherigen Rechtslage Unterstützung erst dann gewährt werden, wenn innerhalb der letzten drei Jahre ein volles Jahr geleistet oder bei mehreren Arbeitslosmeldungen innerhalb des letzten Jahres Arbeit geleistet worden ist. Verzicht ist die Anwartschaftszeit für diesen Kreis der erstmalig erwerbslos gewordenen Arbeiter erheblich ausgedehnt worden (bisher 26 Wochen).
3. In solchen Fällen, in denen Unterstützung und letzter Arbeitort voneinander verschieden ist, bestimmt sich die Höhe der Unterstützung nicht nach der Höhe des bisherigen tatsächlichen Unterstufungsbeitrags, sondern nach den Lohnhöhen am Unterstufungszeitpunkt.
4. Im Gegensatz zur bisherigen Rechtslage sollen in Zukunft auf die Arbeitslosenunterstützung

Renten angerechnet

werden, die der Arbeitslose auf Grund der Reichsversicherung, des Reichsrentenversicherungsgesetzes und des Angehörigenversicherungsgesetzes bezieht, sowie Renten aus einer Versorgungsanstalt oder aus einer ähnlichen, einer zentralen Rentenverwaltung dienenden Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Hierbei bleiben 30 Mark der Rentenbeiträge monatlich frei. Desgleichen werden

angerechnet eine Reihe von Wartepelern, Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern.

5. Für das Arbeitsentgelt, das zur Einteilung in die Lohnklassen bei der Berechnung der Unterstützung für den einzelnen Erwerbslosen maßgebend ist, soll nicht, wie im bisherigen Gesetz, der Durchschnitt der letzten drei, sondern der letzten sechs Monate maßgebend sein.

Tatsache ist ferner, daß der Kreis der versicherungspflichtigen Personen eingeschränkt

würde, zum einschneidend werden kann durch folgende Bestimmungen:

1. Die sogenannten „unabhängig Beschäftigten“ (heißten aus der Versicherungspflicht aus).
2. Die Heimarbeiter und Hausgemerbetreibenden kann der Vermögenszustand entweder ganz oder dem Kreis der versicherungspflichtigen Personen herausnehmen oder sie einer Sonderbehandlung unterwerfen.

Den freiesten Betrag betrifft aber die SPD-Presse, wenn sie behauptet, daß die Wartezeit nicht verlängert worden sei. Diese Lüge ist deshalb so frech, weil doch sofort nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes die Arbeitslosen

Die verlängerte Wartezeit

durchsetzen müssen. Die Wartezeit betrug ursprünglich eine Woche und wurde in letzter Zeit auf den Druck der Arbeitslosen auf drei Tage ausgedehnt werden.

Nach dem im neuen Gesetz enthaltenen § 110b beträgt jetzt die Wartezeit:

- 11 Tage bei Arbeitslosen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine auslassungsberechtigten Angehörigen haben und in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind;
- 7 Tage für Arbeitslose ohne auslassungsberechtigten Angehörigen, wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet haben oder nicht in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind, sowie bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei auslassungsberechtigten Angehörigen;
- 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr auslassungsberechtigten Angehörigen.

Zu all diesen Maßnahmen kommen noch viele andere Verschlechterungen durch die hier nicht erwähnten neuen Bestimmungen. Wir haben aber durch vorliegende Darlegungen sämtliche frechen Lügen des aus dem Reichstag kommenden SPD-Artikels scharf und überlegt. Die Sozialdemokraten, die das Abkommen angenommen und ermöglicht haben, werden der Verantwortung nicht entgehen, auch wenn sie noch so frech lügen.

KPD Bezirk Ostachsen
 Adresse: Kurt Siederstr. 9
SEKRETARIAT Dresden-Altdorf, Columbusstraße 9
 Anruf 38031

Wichtig! Gemeindevorsteher
 und Ortsgruppenleitungen! Beachtet den Oktober-Funktionär, enthaltend den Kommentar zur Gemeindevorwahl. Beachtet insbesondere die Forderungen zur Einreichung der Listen.

Trockenfall am 13. Oktober
 Gewerkschaftsleitung, am Sonntag, Kaufhäuser: Sitzung zur Gewerkschaftsbildung mit den Gewerkschaftsleitern der Städte.

Städtl. I. Jahn 8 u. 9, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 10, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 11, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 12, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 13, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 14, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 15, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 16, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 17, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 18, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 19, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 20, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 21, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 22, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 23, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 24, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 25, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 26, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 27, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 28, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 29, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Städtl. I. Jahn 30, Kaufhaus Talmag, Kfz. des Gewerkschaftsleiters.

Wahlberechtigte Arbeiterweber
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Eisenbahner)
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Post)
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Telegraphen)
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Kaufhäuser)
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Kaufhäuser)
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Kaufhäuser)
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Kaufhäuser)
 Dienstag den 12. Oktober

Wahlberechtigte Arbeiterweber (Kaufhäuser)
 Dienstag den 12. Oktober

Unsere

Brotpreise:

Brot I. Sorte 4 Pf. 72 ¢	Mina Vita Konsumbrot . 3 Pf. 60 ¢
Brot II. Sorte 4 Pf. 66 ¢	Mina Vita Vollkornbrot . 3 Pf. 50 ¢
Vollkornbrot 3 Pf. 46 ¢	Frisches Schwarzbrot, gewöhnl. 25 ¢

Semmeln Stück 3 Pf.

Konsumverein

Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder

Lichtspiele Freiburger Platz

Diese Woche bis Montag:

Manolescu

Der König der Hochstapler ● 10 Akte

Der größte Abenteuer der mondänen Welt, der König der Hochstapler, geliebt, verlobt, verhöhnt und vergöttert — Manolescu!

Glänzende Pressestimmen

Ein Spitzenfilm der Ufa

Einlaß 4 Uhr, Beginn 4.30, 6.30 und 8.30 Uhr

Versäumen Sie nicht das besondere Programm!

Ab heute Dienstag das Rekordprogramm:

Richard Talmadge

in seiner Sensation-Kanone:

Der Klub der Junggesellen

Sensations-Abenteuer in 6 Akten

Richard Talmadge, von jeder einer der besten und wagemutigsten Sensationsdarsteller, hat sich in diesem Film selbst überrollen lassen. Sensationen wie er sie hier zeigt, sieht man selten!

Im Beiprogramm:

Jack Perrin

Der Sergeant der kanadischen Grenzpolizei, mit seinem Schimmel „Sternlicht“ in

Die Flucht über die Grenze

Wild-West-Abenteuer

M-S-Lichtspiele
Moritzstraße

Dampf-Wäscherei Randler Dresden-N. Opperlstr. 50

KRONE

Nur noch bis 21. Oktober unwiderruflich

Letzte 8 Tage

Täglich 8 Uhr
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag auch nachm. 3 Uhr

Die großen Schaunummern

in der gewaltigen **Central-Arena**

Die hier in solcher Vollendung noch nicht gezeigten **circensischen Spiele** finden nicht — wie vielfach geglaubt wird — in 3 Manegen, sondern in einer **großen ovalen Arena** statt

Der reisende **Zoolog. Garten** mit seinen vielen **einzigartigen Sehenswürdigkeiten** ist täglich ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet

Kartenverkauf: „Reka“ und Circuskassen

Lange überlegen
 heißt sehr oft, den richtigen Zeitpunkt verpassen. Es **ist zwecklos** Reklame ohne Tagespresse zu machen. Benutzen Sie für Ihre Reklame nur die **„Arbeiterstimme“**

Ämtliche Bekanntmachungen

Brand-Erbisdorf

Stadtordnungs- und Wahlberechtigtene

Für die am 17. November dieses Jahres stattfindende Stadtordnungs- und Wahlberechtigtene

Wahlberechtigtene

spätestens bis 31. Oktober 1929, mittags 12 Uhr bei dem unterzeichneten Wahlleiter einzureichen.

Es sind 15 Stadtordnungs- und Wahlberechtigtene zu wählen.

In den Wahlberechtigtene sollen die Bewerber in ersichtlicher Reihenfolge mit Vor- und Nachnamen angegeben werden, doch über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Die Wahlberechtigtene dürfen zweimal soviel Bewerber aufzuführen, als Stadtordnungs- und Wahlberechtigtene zu wählen sind.

Jeder Wahlberechtigte soll mit einem auf die Parteiflagge der Bewerber hinweisenden Kennwort versehen sein.

Fehlt ein solches Kennwort, so gilt der Name des ersten Bewerbers als Kennwort.

Die Wahlberechtigtene müssen von mindestens zwölf Wahlberechtigten unterschrieben sein, wie 4 vom Hundert der Wahlberechtigtene — 197 — der letzten Stadtordnungs- und Wahlberechtigtene betragen, mindestens aber von 18 Wahlberechtigten.

Die Unterschriften der Wahlberechtigtene sollen in ihrer Handschrift zugleich ihren Namen, Stand und ihre Wohnung angeben und müssen wahrheitsgemäß sein.

In jedem Wahlberechtigten muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Wahlleiter und dem Wahlausschuß berechtigt sind. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Wahlberechtigte als Vertrauensmann, der zweite als Stellvertreter.

Mehrere Wahlberechtigtene können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Vertrauensmännern der Wahlberechtigtene oder ihren Stellvertretern übereinstimmend spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag, das ist bis zum 19. September 1929, mittags 12 Uhr, dem Wahlleiter schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlberechtigtene können gemeinsam oder einzeln nach übereinstimmender Erklärung der Vertrauensmänner oder verbundenen Wahlberechtigtene oder ihrer Stellvertreter angenommen werden.

Mit dem Wahlberechtigten sind die Erklärungen der Bewerber einzureichen, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlberechtigten zustimmen.

Schriftlich der weiteren darüber bestehenden Vorschriften wird auf die Gemeindevorwahl verwiesen, die an Kassenstelle eingeleitet werden kann.

Brand-Erbisdorf, am 12. Oktober 1929.

Bürgermeister Schneider,
Wahlleiter.

Ottendorf-Okrilla

Die Wahlberechtigtene im Ortsteil Gumnitzsch wird wegen der Wahlberechtigtene am 19. Oktober dieses Jahres für alle nicht möglich. Eine Umleitung der Wahlberechtigtene in die Wahlberechtigtene werden nach §§ 22, 24 der Stadtordnungs- und Wahlberechtigtene bis zu 150 RW oder mit 100 RW befreit.

Ottendorf-Okrilla, am 14. Oktober.

Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftsversammlung, des Allgem. freien Angestelltenbundes und des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

VOLKSFÜRSORGE

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Dresden-A., Maxstraße 13 oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, Am der Alster 56/59

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

B

Dresden-Neustadt

H. Fleisch- u. Wurstwaren Albert Jähne

Metropol-Lichtspiele

Walter Schmidt Nacht

Feine Fleisch- und Wurstwaren Oswald Wolf

Kaffee-Produkte Max Florin

Restaurant zum Sportfreund

Heinrich Richter

Dampf-Lohnwäscherei

Textilwaren

Porzellan Ed. Konrad

Neue Gaststätte F. Meier

Musik-Dunkel

Kleinfur / Tapeten / Teppiche Richard Weber

Warenhaus Meidner & Co.

REFORM-KINDER-BETTEN

Brillen Schenk

Karl Thomas

Möbel MAX HÖHNEL

Neue Dresdner Beerdigungs-Anstalt CONCORDIA

Kaden

T.B. Lichtspiele

Kauf KOHLEN

St. Pauli-Apotheke

Kaffee Alexander Beckert

Lebensmittel

Moden-Warenhaus

Wartthalle Hermann Goldberg

Glau & Pötschke

Büderei u. Konditorei

Brillen Schenk

Karl Thomas

Jul. Gubisch

Brillen Schenk

Karl Thomas

Wollhülle zum Handpeter

Zoologische Handlung

Lebensmittelhaus

Bäckerei Konditorei Café

Möbelhaus Union

Arbeiter, kauft eure Möbel nur bei König!

Erich Fischer

G. Werner

Verkehrslökal der Arbeiterschaft

Onkel Willi

Restaurant Franz Mühl

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Bruno Gerstenberger

Silch-Ods

Helene Littmann

Hauptgeschäfte

Friedrich Klotz & m. b. H. Dresden

Erdmann Anders

M. Meißinger und Wetzzeuge Nische & Wagner

Fisch-Oehme

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Wartthalle Paul Conrad

Schuhhaus Knobloch

Heinrich Hauswald

Bettfedern-Reinigung

Winkelmanns Restaurant

Uhren aller Art / Goldwaren

Ewald Löschor

Ums Einert, Bäckerei

Vogeländisches Musikhaus

Medizin-Drogerie G. Stephan

Sprechapparate

Arthur Menzel jun.

M. Glantz

Möbel-Mühle

Dresden

Trachenberge

Modehäuser Schnurpel

Paul Härtel

Gaststätte Emil Friebe

Klabans Großwäscherei

Musik-Noack

Joh. Georg Thomas

Hirsch-Apotheke

Zigarrenhaus Steinacker

Hirsch-Drogerie

Hermann Schubert

Willy Starke

Lilien-Drogerie

Honigkuchen-Bäckerei Ernst Schöber

Walter Kröber

Moltke - Apotheke

Hommels Schokoladenhaus

Kaulhaus Fanger

Schokoladen Nonnen

Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Steinhart & Kahlenberg

Dampfwascherei Edelweiß

Barbara-Apotheke

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Fleisch- u. Wurstwaren

Kolonialwaren

Marien-Drogerie

LORZ KURBAD

Kolonialwaren

Th. Richter

Kolonialwaren

Lage

5. Jah

Die

Das 3. gerichten... Die Schiffe des... Die R... Die Kap... Die Neu... Die B... durch die... beutung... Aus... schüttelung... das einheim... Partei lehnt... Anschluss... revolutionäre... Verträge d... das Bündnis... Diese p... vom Joh... Die R... Lichtlofer... Helfershe... Die Ro... chenjo wie... bekämpft... den. Die R... Sie will... drückenden... eigene Bour... Die für... im Interesse... Der b... und wert... um auf ihre... italienisch... Der von... Vorbereitung... Die b... Nationalso... Betrugspo... Die bet... Abienung... im eigenen... nationale W... perferieren... seltige Erjü... hehungsgel... Das 2... kann, dient... Die Wel... kumpfen, be... bessere Leben... Die R... feindschaft... Die wert... Kampf (sowol... können ihre... terische Ditta... Kuppländeru... Jede U... Verflabun... Die Les... Keine U... Die Rom... bin, das un... nichtig erkl... bis die r... brüberlicher... das einzig b... Die vol... den Sturz... und das B... Nic... Zere... Kan... Das ist... Berlin, D